

HDE-Nikolausempfang – Brüssel, 5. Dezember 2017
Begrüßungsrede Josef Sanktjohanser
Präsident Handelsverband Deutschland (HDE)

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete des Europäischen Parlaments,
Vertreter der Mitgliedstaaten und der Kommission,
sehr geehrter Kommissar, lieber Herr Oettinger (*Gastredner*),
sehr geehrter Herr Jung (*Leiter der Vertretung Baden-Württemberg*),
liebe Gäste,

ich begrüße Sie herzlich zu unserem diesjährigen Nikolausempfang! Wir freuen uns, dass wir dieses Jahr in guter Tradition gemeinsam mit Ihnen ausklingen lassen können.

Wir blicken auf ein weiteres bewegtes Jahr zurück, ein Jahr mit Licht und Schatten. Kommissar Oettinger, Sie haben kürzlich bei unserem Handelskongress festgestellt: „Wir leben in einem Wettbewerb der Werteordnungen“. Treffender kann man die aktuelle Lage in Europa und in der Welt nicht beschreiben. Die US-Wahl und auch der Brexit haben uns drastisch vor Augen geführt, dass unser Wertefundament, das wir bislang für selbstverständlich hielten, ernsthaft bedroht ist. Das betrifft unsere Vorstellung von einem Rechtsstaat, von offenen Gesellschaften, von einer auf Ausgleich ausgerichteten Sozialen Marktwirtschaft, und einem offenen und fairen Welthandel, der für Arbeitsplätze und Wohlstand sorgt. Diese bittere Erkenntnis, dass eben nicht alles selbstverständlich ist, hat – und hier sehe ich das Licht – der Europäischen Union 2017 einen neuen Ruck versetzt: Die Europäer haben erkannt, dass es Zeit ist, erwachsen zu werden und selbst Verantwortung zu übernehmen: TTIP mag ausgesetzt sein, dafür haben wir jetzt mit CETA ein robustes Abkommen mit Kanada bekommen. Weitere Freihandelsabkommen, etwa mit Japan und

Australien, sind auf bestem Weg. Endlich wurde eine echte Verteidigungsunion auf den Weg gebracht. Die dafür notwendige Unterstützung der Mitgliedstaaten war noch vor zwei Jahren undenkbar, doch nun haben sich 23 der 28 EU Mitgliedsstaaten dazu bekannt. Unsere französischen Nachbarn haben sich für einen Präsidenten entschieden, der bereit und stark genug ist, seinem Land die überfälligen Reformen zu verordnen und der gemeinsam mit Deutschland die Festigung der EU vorantreiben möchte. Diese ausgestreckte Hand von Präsident Macron sollte die Bundesregierung unbedingt ergreifen, denn nur gemeinsam mit Frankreich wird es gelingen, auch europäisch notwendige Reformen zu beschleunigen, den Binnenmarkt zu stärken und den digitalen Wandel aktiv zu gestalten. Leider hängt es nun gerade daheim bei uns! In Zeiten so großer Herausforderungen wie der Digitalisierung, der Globalisierung und zahlreicher Krisenherde weltweit kann sich Deutschland kein politisches Vakuum leisten. Ich hoffe daher sehr, dass die politischen Akteure in Berlin sich schnell auf eine handlungsfähige Regierung mit einer klaren Vision für die Zukunft unseres Landes in einem starken Europa einigen können!

(Wirtschaftliche Lage)

Trotz der zahlreichen Krisen und Konflikte um uns herum kann ich sagen: es geht uns noch gut in Deutschland. Die Konjunktur läuft, wir haben so viele erwerbstätige Menschen wie nie zuvor. Das Konsumklima zeigt sich bislang von den internationalen Entwicklungen unbeeindruckt. Der Handel erwartet auch in diesem Jahr wieder steigende Umsätze und ein ausgezeichnetes Weihnachtsgeschäft. Doch Verbrauchervertrauen und Planungssicherheit für Unternehmen können nur Bestand haben, wenn eine entscheidungsfähige Regierung mutig die richtigen Weichen für Zukunft stellt.

(Digitalisierung)

Auch europäisch weisen die Zahlen nach oben. Die Juncker-Kommission hat ihr Versprechen gehalten und konzentriert sich auf weniger und bessere Vorschläge, diesem Ansatz bleibt sie auch mit ihrem Arbeitsprogramm 2018 treu. Das begrüßen wir ausdrücklich!

Die Gestaltung der Digitalisierung ist eine der großen Zukunftsaufgaben, und für uns natürlich die größte strukturelle Herausforderung überhaupt. Hier will die Kommission mit neuen Regelungen unter anderem mehr Rechtssicherheit schaffen, so dass Unternehmen eher bereit sind, zu expandieren, grenzüberschreitend tätig zu werden und den Binnenmarkt mit Leben zu füllen. Aber nicht alle gut gemeinten Maßnahmen führen am Ende zu guten Ergebnissen für Verbraucher und Unternehmen. Natürlich muss der Binnenmarkt digital vollendet werden. Und natürlich ist eine Harmonisierung des Kaufrechts in der EU grundsätzlich erstrebenswert. Es würde für Verbraucher und Unternehmen große Vereinfachungen mit sich bringen. In der jetzigen Form würden die aktuellen Vorschläge zum Online-Kaufrecht und zu ePrivacy sowie die getroffene Vereinbarung zum Verbot von Geoblocking allerdings zu erheblichen finanziellen Belastungen für Händler führen. Dies verursacht ein Klima der Unsicherheit in der Branche. Damit wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was die EU ursprünglich wollte, nämlich den grenzüberschreitenden Online-Handel zu fördern.

(Fairer Wettbewerb)

Händler brauchen online und offline fairen Wettbewerb. Wenn Waren in die EU eingeführt werden, müssen dieselben Regeln und Pflichten für alle Marktteilnehmer gelten, z.B. in Bezug auf die Mehrwertsteuer. Auch Online-Plattformen und Fulfillment-Center müssen Verantwortung für die Sicherheit der über sie vertriebenen Produkte übernehmen. Über Grenzen hinweg muss die Gleichbehandlung aller Vertriebskanäle, Unternehmensgrößen, Standorte und Technologien gewährleistet sein.

(Umwelt und Energie)

In der Umweltpolitik setzt sich der HDE für eine vernünftige Balance nachhaltiger Unternehmensführung und umwelt- und ressourcenschonender Maßnahmen ein. Mit Spannung erwarten wir die Plastikstrategie der Kommission. Der deutsche Handel ist an dem Thema schon länger dran: Mit der Einführung einer freiwilligen Selbstverpflichtung zur

Reduzierung von Kunststofftragetaschen haben wir gezeigt, dass wir schnell und effektiv bei der Bekämpfung von Plastikabfällen sein können. Seit dem 1. Juli 2016 werden in vielen Geschäften in Deutschland Plastiktüten nicht mehr kostenlos an die Kunden abgegeben. Der Verbrauch von Kunststofftragetaschen hat sich seitdem signifikant verringert. Das von der Europäischen Kommission gesteckte Ziel den Pro-Kopf-Verbrauch bis 2025 auf 40 Plastiktüten pro Jahr zu reduzieren, hat Deutschland damit bereits frühzeitig erreicht. Auch bei den E-Ladesäulen konnten wir mit konstruktiven Vorschlägen punkten und haben das Parlament vom völlig überzogenen Ansatz der Kommission wegbewegt: Anstatt jeden 10. Parkplatz von neuen oder renovierten Nichtwohngebäuden mit einer E-Ladesäule ausstatten sind wir zu wesentlich realistischeren Vorgaben gelangt: Künftig muss nur eine Ladesäule pro Parkplatz zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll es Vorverkabelung geben, mit der wir flexibel auf die Entwicklung in der Zukunft reagieren können.

(Die Bedeutung eines funktionierenden Binnenmarktes)

Für den Handel ist es essentiell, dass der Binnenmarkt auf allen Ebenen funktioniert! Protektionistische Tendenzen innerhalb Europas kann und darf sich die EU nicht leisten. Wir erleben immer wieder, dass deutsche Unternehmen in einigen Ländern durch diskriminierende Gesetzgebung massiv eingeschränkt werden. Niederlassungen werden erschwert oder unmöglich gemacht. Unverhältnismäßige Vertragsstrafen, die gezielt gegen ausländische Unternehmen gerichtet sind, machen ein Bestehen am Markt unmöglich. Hier sind wir mit der Kommission seit Jahren in einem intensiven Dialog. Und ich kann sagen: wir sehen Fortschritte in einzelnen Fällen. Mit Ergebnissen, die sich positiv für die betroffenen Unternehmen auswirken. So wurde nach Intervention der Kommission unter anderem die diskriminierende Handelssteuer in Polen abgeschafft. Auch in Rumänien waren wir erfolgreich. Dies sind richtige und wichtige Signale an alle Mitgliedstaaten, sich mit ihren Vorschriften an bestehendes Recht zu halten. Für die Kommission ist das eine Daueraufgabe, wir sehen uns kontinuierlich mit neuen Fällen konfrontiert. Erlauben Sie mir an dieser Stelle abschließend noch drei Sätze zu einem Thema, das mich sehr besorgt: Die

Kommission prangert immer wieder vermeintlich unfaire Handelspraktiken in der Lebensmittellieferkette an und will jetzt – zumindest wenn es nach Agrarkommissar Hogan geht – regulativ eingreifen. Ich versichere Ihnen: Der Handel hat ein grundsätzliches Interesse daran, die Rahmenbedingungen für Landwirte zu verbessern, sei es durch verbesserte Kooperationsformen oder mehr Transparenz. Schließlich möchten wir gute landwirtschaftliche Produkte verkaufen. Es gibt zahlreiche gute Beispiele für den engen Schulterschluss mit Landwirten – mit Vorteilen für beide Seiten. Eingriffe in die Vertragsfreiheit jedoch lehnen wir ab.

Wir haben in Deutschland einen umfangreichen und gut funktionierenden Rahmen, insbesondere durch kartell- oder zivilrechtliche Regelungen. Europäische Eingriffe in Konditionen, die einen sinnvollen Interessen- und Risikoausgleich zwischen den Handelsstufen regeln, laufen einer freien Wirtschaftsordnung zuwider und haben auch negative Wirkung auf die Verbraucherpreise. Ich hoffe sehr, dass die Kommission sich hier am Ende des Tages doch noch eines Besseren besinnt und wettbewerbsrechtlicher Vernunft den Vorrang gibt!

(Schlusswort)

Lieber Herr Oettinger, es freut es uns und es ist uns eine große Ehre, dass Sie dem Handel so große Wertschätzung entgegen bringen und nach dem Handelskongress in Berlin nun auch hier in Brüssel bei uns sind. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen und freuen uns im Anschluss auf Begegnungen und Gespräche mit unseren Gästen.

Herr Kommissar, Sie haben das Wort!